

Antrag der Fraktionen der SPD und der CDU**Verbraucherschutz verbessern**

Lebensmittelsicherheit als wichtiger Teil des Verbraucherschutzes im Land Bremen hat nicht nur für die Bürgerinnen und Bürger des Landes eine besondere Bedeutung. Bremen ist über seine Häfen auch eine Außengrenze der EU. Von daher bedarf es verlässlicher Lebensmittelkontrollen für die Einfuhr von Lebens- und Futtermitteln über die bremischen Häfen in die EU. Zusätzlich ist Bremen Standort von zahlreichen regional, national und international aktiven Lebensmittelbetrieben.

Die Bürgerschaft (Landtag) möge daher beschließen:

1. Der Senat wird gebeten, unter dem Portal Bremen-online eine bürgerfreundliche und umfassende Information zum Thema „Verbraucherschutz“ im Lande Bremen bereitzustellen.
2. Der Senat wird aufgefordert, den im Bereich des gesundheitlichen Verbraucherschutzes jährlich erscheinenden Jahresbericht neben der Deputation für Arbeit und Gesundheit zusätzlich auch der Bürgerschaft (Landtag) – ergänzt um die weiteren Belange des Verbraucherschutz – zuzuleiten.
3. Der Senat wird gebeten, eine Präzisierung seiner Geschäftsverteilung vorzubereiten, damit ab der nächsten Legislaturperiode alle Belange des Verbraucherschutzes gebündelt werden und die Zuständigkeit auch in der Ressortbenennung deutlich wird.
4. Der Senat wird gebeten, die in der einvernehmlichen Entschließung des Deutschen Bundesrates vom 22. September 2006 angemahnte Evaluation des Verbraucherinformationsgesetzes aktiv zu unterstützen, um so sicherzustellen, dass mit den zurzeit geltenden Gesetzen lebensmittlerechtliche Verstöße offen gelegt werden und „Schwarze Schafe“ benannt werden können.

Manfred Oppermann, Max Liess,
Dr. Carsten Sieling und Fraktion der SPD

Frank Imhoff,
Hartmut Perschau und Fraktion der CDU